

50 Jahre Einwanderungsgeschichte

Integrationswillige Betriebe brauchen Entlastung

Rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben heute in Deutschland. Wenn wichtige Erfahrungen aus rund 50 Jahren Einwanderungsgeschichte berücksichtigt werden, dann kann auch die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt gelingen.

Von Claudia Mende

Ohne Arbeitsmigranten hätte es in Deutschland kein Wirtschaftswunder gegeben. Händeringend suchten vor allem Bauunternehmen sowie die Kohle- und Stahlindustrie ab Mitte der 50er Jahre für den Wiederaufbau nach Arbeitskräften. Nach 1955 kamen zuerst Italiener, dann folgten Spanier, Griechen, Portugiesen, Jugoslawen und vor allem Türken. Nach dem Anwerbeabkommen mit der Türkei im Jahr 1961 schufteten türkische Arbeiter zum Beispiel im Schichtbetrieb bei den Ford-Werken in Köln. Die sogenannten Gastarbeiter verrichteten vor allem ungelernete Tätigkeiten, häufig auch gefährliche oder schmutzige Arbeiten. Viele waren kaum ausgebildet und ihre Sprachkenntnisse waren zu Beginn eher gering. Die meist männlichen Arbeiter holten später ihre Familien nach. „Wir wurden freundlich aufgenommen“, sagt Aldo Tarantino, ein 50-jähriger Medizintechniker italienischer Herkunft, „aber von Integration sprach damals niemand.“

Nach dem Ölpreisschock von 1973 kam es zu einer Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an und ein Anwerbestopp wurde verkündet. In den folgenden Jahren wurden Prämien für Rückkehrer gezahlt und die Politik gab die Losung aus: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Tatsächlich ging der Zuzug durch Familienzusammenführung weiter, aber Bemühungen zur Integration der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft gab es bis weit in die 1990er Jahre hinein kaum. Es herrschte die Vorstellung, die Arbeitsmigranten würden ohnehin bald in ihre Heimatländer zurückkehren. Erste Kooperationen mit Migrantenvereinen, Konzepte für die interkulturelle Öffnung von Schulen und mehr Mitsprache durch Ausländerbeiräte entstanden auf lokaler Ebene in Kommunen wie München, Stuttgart, Köln oder Hamburg.

Migrantenvereine leisteten wichtige Vorarbeit für ein allmähliches Aufeinander-Zugehen zwischen den Migranten und der Mehrheitsgesellschaft. Erst nachdem die damalige

rot-grüne Bundesregierung 1998 Deutschland offiziell zum Einwanderungsland erklärt hatte, stellte man sich rechtlich, gesellschaftlich und sozial besser auf Migration ein. Es wurden mehr Sprach- und Integrationskurse angeboten und die interkulturelle Öffnung in Schulen, Vereinen, Unternehmen und Verwaltung begann.

Inzwischen ist an vielen Orten so etwas wie eine gelungene Normalität im Zusammenleben entstanden. „Heute wissen wir, wie wichtig es ist, dass Migranten nicht am Rande der Gesellschaft bleiben“, sagt Birgit zur Nieden vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). „Sie brauchen Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt und müssen frühzeitig in wichtige Entscheidungen einbezogen werden.“

Heute weiß man auch, wo die größten Defizite liegen: Bei den Nachkommen von Migranten in der zweiten und dritten Generation gibt es gegenüber der Mehrheitsbevölkerung noch Defizite bei den Bildungsabschlüssen und bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Im Bildungssystem sei die fehlende soziale Durchlässigkeit ein ungelöstes Problem, meint zur Nieden. Am Arbeitsmarkt belegen zahlreiche Studien die Diskriminierung von Migranten bei der Jobsuche, vor allem wenn es sich um arbeitssuchende muslimische Frauen mit Kopftuch handelt. In beiden Bereichen sind in Zukunft mehr Bemühungen notwendig, um auch die neuen Zuwanderer aus Syrien, Irak oder Afghanistan zu integrieren.

Einige Weichenstellung für mehr Vielfalt am Arbeitsmarkt hat es in den letzten Jahren bereits gegeben, zum Beispiel durch das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen aus dem Jahr 2012. Es erleichtert ausländischen Fachkräften die Anerkennung ihrer im Heimatland erworbenen Berufsabschlüsse. Das gilt vor allem für reglementierte Berufsgruppen wie Handwerker, Ärzte, Apotheker oder Krankenpfleger, die vorher so gut wie keine Chance hatten, in Deutschland in ihrem Ausbildungsberuf zu arbeiten. (...)

Auszug aus:

CSR Magazin 04/2015